

Pöfener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Annoncen-Bureau
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilschstr. 17.)
bei C. S. Alric & Co.
Breitestr. 20.
in Grätz bei J. Strizant,
in Mezeritz bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jarsch.

Annoncen-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. S. Alric & Co.
Haaften & Vogler,
Kudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Grätz
beim „Invalidendank“.

Nr. 121.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonntag, 17. Februar.

Preis der 20 Bl. die sechsgepaltene Beilagsseite oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Amtliches.

Berlin, 16. Februar. Der König hat den bisherigen Landrath
Herrn v. Bochum zum Geheimen Regierungs- und vortragenden
Rath im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, den
Staatsanwalt v. Derken und die Gerichts-Äfforen Becker, Wegener,
Hundsdörfer, Meindt und Hilgert zu Amtsrichtern ernannt; sowie
den Bürgermeister Bunnemann zu Bielefeld den Charakter als Ober-
bürgermeister verliehen.
Die Wahl des Dr. Zschau zum Rektor des Gymnasiums zu
Schwedt a. O. ist bestätigt worden.
Der Rechtsanwalt Schidloper in Köpenick ist zum Notar im Bezirk
des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Köpenick, der
Rechtsanwalt Ehrlich zu Rottbus zum Notar im Bezirk des Kammer-
gerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Rottbus, der Rechtsan-
walt Jensch zu Wriezen a. O. zum Notar im Bezirk des Kammer-
gerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wriezen a. O., und der
Rechtsanwalt Meinstausen zu Schwiege zum Notar im Bezirk des
Landesgerichts zu Rassel mit Anweisung seines Wohnsitzes in
Schwiege ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

55. Sitzung.

Berlin, 16. Februar. Am Tische des Bundesraths: Scholz,
Stephan.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.
Eingegangen ist ein Entwurf, betreffend den Schutz nützlicher
Kunst- und Gewerbegegenstände, der schon heute auf der Tagesordnung stehende Ver-
sorgungsfrage.

Der Präsident giebt eine Uebersicht über die gesammten, bisher
dem Reichstag eingegangenen Gaben für die Ueberschwemmten. Aus
Amerika sind darnach im Ganzen eingetroffen: 583,110,95 M., aus
Deutschland 10,107 M. Die Gesamtsumme aller Spenden, ein-
schließlich der aus Russland und Spanien eingegangenen beträgt:
10,112,83 M. (Bravo) Davon sind bis jetzt 142,000 M. verteilt.
Der Rest wird nach den Vorschlägen der Vertreter der betroffenen Lan-
destheile verwendet werden.

Abg. v. Bernuth: Es kann dem Reichstage wohl nur er-
wünscht sein, daß die reichen Zuwendungen an die Geschädigten aus
den verschiedensten Ländern, aus dem fernsten Osten wie dem Süden,
in erster Linie aber von unseren Brüdern jenseits des Ozeans her-
kommen. Dem gegenüber ist es wohl angemessen, dem Danke des
Landes Ausdruck zu geben, und dazu möchte ich Sie auffordern.
(Lebhafter, allgemeiner Beifall.)

Der Präsident hebt in dem Beifall, welchen die Worte des Vor-
redners gefunden, den Dank des Hauses.

Darauf wird die dritte Lesung des Stats bei den Zöllen
des Verbrauchssteuern fortgesetzt. Hierbei hebt v. Lohren (freison.)
die wohlthätige Wirkung der Zollpolitik auf die Textilindustrie hervor
und tritt den Ausführungen, die Abg. Schmidt (Elberfeld) in der
zweiten Lesung hierüber gemacht, entgegen. Die englischen Wollgarne
mühten sich noch mehr wie bisher befreit werden, da dieselben noch in
Höhe von neun Millionen Rg. eingeführt werden. Redner tritt so-
dann den Behauptungen des Abg. Barth über die Einfuhr australischer
Wolle entgegen und hält daran fest, daß die deutsche Wollindustrie in
keiner Zeit einen erfreulichen Aufschwung genommen, denn während
man in den Jahren 1872-79 durchschnittlich 77,000 Zentner von Woll-
garne mehr importierten als exportierten, ist es seit 1879 umgekehrt
der Fall, im Jahre 1882 übersteigt die Einfuhr die Einfuhr um
24,000 Zentner. (Hört, hört! rechts.) Wie könne man da die
deutsche Schutzpolitik als Schein, als Dämmerungspolitik bezeichnen?
Der Schwerpunkt unserer Sorge aber liegt in der Emancipation
unseres überreichen Handels von den englischen Danquiers. Jetzt sei
auch zu hoffen, daß die Flachspinnerei, bei der man bisher die An-
forderungen der deutschen Arbeiter den Ausländern zum Opfer gebracht
habe, wieder emporkommen werde. Wenn sie jedoch zu ihrem früheren
Glanze zurückkehren solle, müssen die Flachsgarnzölle auf das Doppelte
erhöht werden. Gerade der Flachsbau sei eine Grundbedingung der
wirtschaftlichen Unabhängigkeit unseres Vaterlandes und diese solle
man in der ganzen Zollpolitik nicht aus den Augen verlieren. (Bei-
fall rechts.)

Abg. Dr. Barth findet, daß der Vorredner Alles in viel zu
kurzem Lichte dargestellt. Wenn man die Wirkung des Zolls in der
Tatsache, daß jetzt der handelsfreie Kaufmannstand den englischen Ban-
kier gegenüber sich in einem wesentlich günstigeren Zustande befindet,
so widerspricht dem die Bremer Handelskammer in ihrem Berichte
über das Jahr 1882, da sie sagt, seit einer Reihe von Jahren befin-
den sich die kommerziellen Verhältnisse in sehr schlimmer Lage. Der
Londoner Markt herrsche gerade in Bezug auf australische Wolle so
viel, daß der deutsche nicht dagegen aufkommen könne. Der Zoll habe
den Textilindustrie bis jetzt noch nicht genützt, denn die Exportzahlen
seien im Jahre 1881 nicht günstiger als im Jahre 1879. Auch dürfe
man nicht übersehen, daß in den letzten Jahren erfolglos Zoll-
erhöhungen Russlands mit unserer Zollpolitik in direktem Kaufzusam-
menhang stehen. Aus einzelnen Symptomen könne man nicht allge-
meine Folgerungen ziehen. Friedrich Litz, sagte Herr v. Minnigerode,
daß die Nothwendigkeit der agrarischen Schutzölle anerkennen, wenn
er heute lebe. Indessen er gehörte nicht zu jenen, die man heute
Praktiker nennt, weil sie von der Theorie nichts verstehen und sagt
ausdrücklich, der freie Verkehr aller Nationen sei auf allen Stufen der
Kultur möglich.

Abg. Rath Schraut sucht nachzuweisen, daß seit Einführung
der Schutzölle die Webindustrie sich in einer weit günstigeren
Situation dem Auslande gegenüber befinde, was aus dem zuneh-
menden Export und dem abnehmenden Import in den einzelnen
Branchen, der Seidenwaren, Halbsidenwaren wie Wollwaren
hervorgehe.

Darauf wird die Debatte geschlossen, der Stat der Zölle ge-
nehmigt. Es folgt der Stat der Post- und Telegraphen-
verwaltung.

Dabei kommt Abg. Sonnemann auf seine schon früher aus-
gesprochene Bitte zurück, daß wieder die Wortzahl auf den Tele-
grammen angegeben werde.

Abg. Rath Nießner erwidert, daß die vorgeschlagene Zahlung,
namentlich bei langen Telegrammen, nur eine Verzögerung in der
Verbreitung zur Folge haben würde. Schon seit Jahren seien, ohne
daß sich Unzulänglichkeiten herausgestellt, an der Berliner Börse die
Telegramme ohne Angabe der Wortzahl ausgegeben worden.

Abg. Lingen s empfiehlt seinen in zweiter Lesung eingebrachten
Antrag, den Postdienst an Sonn- und Festtagen einzuschränken, indem
er ausführt, daß der Reichstag bereits vor einigen Jahren die Post-
verwaltung aufgeführt hat, eine Beschränkung des Sonntagsdienstes
eintreten zu lassen, daß darauf hin auch einige Anordnungen getroffen
sind, von deren Wirksamkeit man aber wenig merke. Man hat es eben
den Oberpostdirektoren überlassen, nach Bedürfnis das Geeignete anzu-
ordnen. Die Sonntagsbeförderung auf dem Lande ist sogar noch
weiter ausgedehnt worden. Sein Antrag werde, wie ihm von sach-
verständiger Seite versichert worden, den Verkehr nicht schädigen, da
eine Unterscheidung zwischen dringenden und weniger dringenden Sen-
dungen wohl möglich sei. Auch seien die von ihm vorgeschlagenen
Einrichtungen nicht unerhörte, sondern beständen schon längst in dem
praktischen England, und seien sogar in London mit seinem Kiesen-
verkehr wohl durchführbar. Auch die Erhöhung der Telegraphengebühr
am Sonntag sei unbedingt, da nur ein geringer Theil der Sonntags-
aufgegebenen Depeschen dringlich sei. Seien doch 20 Prozent dieser
Depeschen Geburtstagsgratulationen. Er bittet also seinem Antrage
zuzustimmen.

Staatssekretär Dr. Stephan: Ein Theil der Ausführungen des
Herrn Vorredners fällt unter der Kategorie der Wiederholungen. Ich
muß diesem gegenüber meine Antwort bei der zweiten Lesung festhal-
ten. Die Ausführungen, durch die er seinen Antrag erläuterte, haben
denselben ganz umgekehrt. Die Verfügungen an die Postdirektoren,
die der Herr Vorredner angeführt, enthalten eine ganz genaue Direk-
tive, denn ich bin ein sehr großer Feind aller Verfügungen, die nicht
genau sagen, was sie wollen. Der Herr Vorredner hat ferner auf
England sich bezogen. Ich glaube, daß man auf allen Seiten, selbst
im Zentrum entschieden dagegen ist, den pharisäischen und puritani-
schen englischen Sonntag einzuführen und unsere deutsche Sitte der Son-
natsheiligung zu verdrängen. (Sehr richtig! links.) Aber selbst die
englische Verwaltung kann sich der Macht des Verkehrs nicht entziehen.
Als im Jahre 1855 ähnliche, wie hier vorgeschlagene Maßregeln ein-
geführt wurden, war der Unwille im Lande so groß, daß sie recht bald
wieder abgeschafft werden mußten. Die Autorität, auf welche Herr
Abg. Lingen s sich stützt, ist ein Sekretär. Nun, es giebt ja deren,
welche die Dienststunden nur als eine unangenehme Unterbrechung
ihrer dienstfreien Zeit ansehen. Daß aber die Sonntags-Postbeför-
derung auf dem Lande ein Segen ist, zeigen mir zwei Eingaben von
Geistlichen, welche um weitere Ausdehnung der Beförderung für den
Sonntag bitten.

Abg. Stöcker: Die vorliegende Frage betrifft den Verkehr, wie
das sittlich-religiöse Volksleben. Wir wollen dem Verkehr alle Kon-
zeptionen machen, die nöthig sind, aber nicht das Volksleben darunter
leiden lassen. Mich haben die Ausführungen des Herrn Staatssekre-
tars nicht überzeugt, daß das, was in London geht, nicht auch bei
uns geht. Gerade weil die Bewältigung des Verkehrs die Kräfte des
Beamten in so hohem Grade in Anspruch nimmt, muß die gebotene
Ruhe gewahrt werden. Es giebt sittlich-religiöse und humane Grund-
rechte, dazu zähle ich, daß der Mensch hin und wieder einen dienstfreien
Tag hat. Der Herr Staatssekretär hat ja auch erklärt, daß jeder
dritte Sonntag für den Beamten dienstfrei sein soll. Aber dies Ideal
kommt nur in seltenen Fällen zur Ausführung. Wir aber werden
nicht eher ruhen mit unseren Anträgen, als bis wir Abhilfe geschaffen.
(Oho! links.) Vielleicht wird aus prinzipiellen Gründen die Son-
natsfrage bei der Postverwaltung nicht nach ihrer tiefsten sittlich-religi-
ösen Bedeutung aufgefakt. Soll die Staatsverwaltung die bestehende
Sonntagsruhe erschüttern? Für mich kommt hinzu, daß hier der
Staat Arbeitgeber ist. Unsere ganze sozial-politische Frage hängt da-
von ab, ob der Staat unter den heutigen Verhältnissen Alles thut,
damit dem Herzen des Volkes der Staatsbetrieb als sittlich normaler
erscheint. (Heiterkeit links.) Ich bin nicht für den pharisäischen Son-
ntag, aber wenn man mir die Wahl ließe zwischen dem puritanischen
englischen und dem vernünftigen Sonntage bei uns (Lebhafter Wider-
spruch links), dann würde ich jenen wählen. Lassen Sie sich doch die
statistischen Nachweisungen über das Gefängnißwesen geben, dann wer-
den Sie sehen, daß in die Zeit vom Sonntagsnachmittag bis Son-
ntag Nacht die meisten Verbrechen fallen. (Hört, hört! rechts.) Der
Sonntag zeigt, daß der Verkehr nicht das Letzte und Größte ist. Da wir
umbröht und umringt sind von Unsturzgedanken (Oho! links), darf der
Staat in diesem Punkt nicht rückwärts vorgehen. Der Herr Staatssekretär
hat sich auf Briefe zweier Geistlichen berufen. Wir müssen erst wissen,
was das für Herren sind; von uns, von der gesammten Kirche würden
sie desavouirt werden. (Lebhafter Widerspruch links.) Es ist früher
einmal auf die Zahl der bei jüdischen Hochzeiten eintreffenden Tele-
gramme hingewiesen worden. Ich will hier darauf nicht eingehen,
aber es giebt bekanntlich viele jüdische Firmen, welche sich am Son-
nabend jedes Hineinbringen von Briefen verbitten, so daß diese auf
Sonntag verbleiben müssen. Das macht bei den 60,000 Israeliten, die
hier wohnen, eine ziemlich große Zahl. (Heiterkeit links.) Meine vielfachen
Erfahrungen machen es mir gewiß, daß die Regel, jeder dritte Son-
ntag ist dienstfrei, nicht befolgt wird, wie auch der Stundenplan der
berliner Briefträger und Postassistenten zeigt. Die Landbriefbeförderung
am Sonntag ist für viele Gegenden kein Segen. Selbst wider den
Willen der Leute wird diese Beförderung angeordnet. Dabei kommen
sogar Verletzungen des Gewissens vor. So wurde in Schleswig-Pol-
stein ein Landbriefträger, dem sein Gewissen verbot, am Sonntag zu
arbeiten, mit Strafe belegt und mit Entlassung bedroht, weil er Son-
nats nicht Dienst thun wollte. Ich bitte den Herrn Staatssekretär,
diesem Punkt seine Aufmerksamkeit besonders zu schenken. Möge er
versuchen, eine Statistik von dem Kirchenbesuch seiner Beamten aufzu-
nehmen (Heiterkeit links) und auch eine Mortalitäts-Statistik, um zu
sehen, ob hier nicht häufigere Erkrankungen vorkommen, als auf anderen
Verwaltungsgebieten. Wir haben seit Jahren den Versuch gemacht,
den sonntagslosen Berufsarten Gelegenheit zu geben, Predigten zu
lesen. Und gerade die Postbeamten haben gezeigt, wie sehr sie sich nach
solchen Predigten sehn. (Heiterkeit links.) Lassen Sie nicht zu, daß
der innerste Kern im Menschen unterdrückt werde. (Heiterkeit links.)
Der Sabbath ist nicht dazu da, daß er zum Arbeitstage
werde und deshalb werde ich für den Antrag Lingen s stimmen.
(Beifall rechts.)

Staatssekretär Stephan: Der Herr Vorredner hat bemerkt,
daß die Verwaltung nicht durchdrungen sei von der Wichtigkeit der
Sonntagsheiligung. Er hat damit der Verwaltung schweres Unrecht
gethan. Es ist das jedenfalls eine Folge der Unkenntnis der bei der
Verwaltung zu Grunde liegenden sittlichen Auffassung. Auf die Aus-
führungen des Herrn Stöcker kann ich nicht eingehen. Er hat sich ja

zum Theil selbst schon widerlegt durch die Anführung, daß die meisten
Verbrechen am Sonntage verübt werden, (Sehr wahr! links) und
nirgends ist die Völlerei so groß als in England gerade an den Son-
naten. (Zustimmung links.) In England sind die Einrichtungen,
welche Herr Stöcker befürwortet, schon vor 300 Jahren eingeführt
worden, heute würde sich die englische Verwaltung wohl sehr befinnen,
sie einzuführen. Herr Stöcker hat vom sittlich religiösen Grundrecht
gesprochen, hat aber nicht gemußt, daß dieses Grundrecht bei uns
schon längst besteht, da der Postbeamte wöchentlich zwei Nachmittage
frei hat und einen ganzen Tag, wenn er die Nacht vorher Dienst
gethan hat. Einem Landbriefträger zuzumuthen, während des Gottes-
dienstes zu arbeiten, würde ich auch nicht billigen. Wenn man ihn
aber vertheidigt, weil er Sonntags überhaupt nicht Dienst thun will,
befördert man nur den Ungehorsam. Wenn jeder Sonntag frei sein
sollte, müßten wir soviel Beamte, als der siebente Theil der jetzigen
beträgt, neu anstellen. Eine Mortalitätsstatistik wird schon seit zwanzig
Jahren geführt, und sie hat gezeigt, daß die Sterblichkeit der Post-
beamten nicht größer ist, als die der übrigen Beamten. Unsere 70,000
Beamten haben eine Kinderzahl von 145,000, das ist doch nicht ein
Zeichen mangelnder Gesundheit. (Große Heiterkeit.) Durch solche
Ausführungen werden die Beamten nur aufgeregt, und die sittlichen
Grundlagen des Verhältnisses zu den Vorgesetzten erschüttert. (Leb-
hafter Beifall links.)

Abg. Hänel bringt zur Sprache, daß folgende von einem Ber-
liner Korrespondenten an das „Amsterdamer Handelsblatt“ gerichtete
Depesche: „Stellung Stephan's erschüttert, weil bei vorgelegtem Post-
budget im Reichstage von Kommission entdeckte Unregelmäßigkeiten
allseitig große Bestimmung erregen“, nicht befördert worden ist, wie
angegeben wurde, auf Grund des Art. 7 der internationalen Verein-
barung, welcher aber nur Privattelegramme, welche gegen die gute
Sitte, öffentliche Ordnung oder Strafgesetze verstoßen, oder gegen
die Sicherheit des Staates sich richten, von der Beförderung
ausschließt.

Staatssekretär Stephan: Ich habe die Nachricht aus einem
Blatte, das wegen seiner Unzuverlässigkeit bekannt ist, heute gesehen,
indessen wird die Angelegenheit sich wohl so verhalten. Ueber die An-
nahme oder Ablehnung eines Telegramms kann nur der gerade Dienst
habende Beamte entscheiden, und er wird wohl der Ansicht gewesen
sein, daß er eine Unwahrheit nicht depechiren soll, welche ein Bericht-
erstatter in die Welt schleudern will; es sind in der Postverwaltung
keine Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden, weil keine begangen sind.
Und eine solche Depesche verstoßt gegen die öffentliche Ordnung.

Abg. Löwe führt zwei Fälle an, wo Depeschen an den „Stan-
dard“ nicht befördert wurden; die eine meldete die in Aussicht genom-
mene Befestigung des Kieler Hafens, die andere, daß Fürst Bismarck
beim Neujahrsempfang geküßert, er würde nicht mehr lange an der
Spitze der Geschäfte stehen. Der Redner bittet den Generalpostmeister,
Anordnungen zu treffen, damit für die Zukunft sich solche Fälle nicht
wiederholen.

Abg. Dr. Hänel: Die Telegrammbeförderung darf nicht von
der willkürlichen und subjektiven Auffassung der Beamten abhängig
sein, sonst liegen die Bestimmungen der internationalen Vereinbarungen
völlig in der Luft. Auf diese Weise wird die Zensur wieder eingeführt
und die bestehenden Verträge geradezu verlegt.

Staatssekretär Stephan: Die Beförderung einer offenbaren
Lüge verstoßt gegen die guten Sitten und gegen die öffentliche Ord-
nung in gleicher Weise. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit links.) Im
Uebrigen ist bisher noch in keinem einzigen Falle über unberechtigte
Zensur der Telegramme Beschwerde geführt worden.

Abg. Richter: Es sind in der That in der Budgetkommission
Unregelmäßigkeiten, welche bei der Postverwaltung vorgekommen sind,
aufgedeckt worden, die Thatsache ist also wahr. Wenn man aber der
Ansicht ist, daß die Erwähnung eines Demissionsgesuchs eines Ministers
gegen die öffentliche Ordnung verstoßt, dann muß man auch die „Nord-
deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Kreuzzeitung“ konsignieren, welche
dieser Tage fortwährend die Möglichkeit von Herrn von Rameke's
Demission erklärten. Im Uebrigen sind unwahre Telegramme keine so
große Gefahr, denn Lügen haben kurze Beine, und das Wolff'sche,
halbamtliche, Telegraphenbureau telegraphirt tagtäglich eine große Zahl
von Lügen, oft erst nachdem es vorher in der Wilhelmstraße angefragt
hat. (Heiterkeit.) Die Folge der Zensur, die die Beamten an den
aufgegebenen Telegrammen üben, ist, daß alle Telegramme, welche ge-
druckt werden, als amtlich beglaubigt gelten. Dadurch passieren gerade
die stärksten Lügen und der Uebelstand wird viel größer. Ich möchte
doch bitten, von einem System abzusehen, das ein Ueberrest aus der
Zeit der Reaktion ist. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Ich muß ausdrücklich dagegen protestiren,
daß in der Budgetkommission irgendwelche Unregelmäßigkeiten in der
Postverwaltung nachgewiesen sind. (Beifall rechts.) Und was die Zu-
rückweisung der heute erwähnten Telegramme betrifft, so waren sie po-
litischer Natur und sollten nur zu unberechtigten Börsenspekulationen
dienen. (Heiterkeit.) Es war also ganz in der Ordnung, daß sie von
der Beförderung ausgeschlossen wurden. Daß das Wolff'sche Bureau
nicht der Wahrheit die Ehre giebt, ist richtig, darunter haben aber alle
Parteien in gleicher Weise zu leiden. Jedenfalls werden Sie zugeben,
daß eine gewisse Zensur an den Telegrammen geübt werden muß und
einen besonderen Gerichtshof kann man dazu nicht einsehen, also ist es
am Besten, wir lassen es bei der bisherigen, wohlbewährten Praxis.
(Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Majunke: Der Korrespondent des Amsterdamer
Handelsblatts hat bemerkt Weise mala fide gehandelt, denn er wußte,
daß in der Postverwaltung keine Unregelmäßigkeiten aufgedeckt sind.
Auch das Beispiel des Abgeordneten Löwe ist unglücklich gewählt. Der
Londoner Standard ist eines der größten Lügenblätter, unter Anderem
bringt er auch jede Woche eine erlogene Nachricht aus dem Vatikan;
diese Depeschen haben ihren Ursprung meistens im Redaktionsbureau.
Wir wissen, wie es gemacht wird. (Heiterkeit.) Als die Antwort des
Kaisers auf den Brief des Papstes eingetroffen war, brachte der Standard
zwei Tage darauf die Depesche, daß auf diese Antwort bereits eine
Rückantwort Seiner Heiligkeit erfolgt sei, bevor der Papst irgend daran
gedacht hatte. (Heiterkeit.) Ich gehöre seit länger als einem Jahr
gehört zur Oppositionspartei, habe viel telegraphirt und auch sehr viel
Telegramme erhalten, aber niemals Ursache gehabt, mich über Zurück-
weisung oder Versäumung der Depeschen zu beklagen, obgleich ich
vielleicht staatsgefährlich und reichsfeindliche Telegramme versandte. (Große
Heiterkeit.) Im Uebrigen haben auch viele Zeitungen ihren eigenen Draht,
wie z. B. die „Kölnische“ und diese läßt sich täglich mindestens 100 Lügen
depechiren. (Große Heiterkeit.)

Damit ist der Gegenstand erledigt.
Zu Tit. 53 der dauernden Ausgaben (Tagegelder, Fuhrkosten, Miethe, Entschädigungen etc.), welcher in zweiter Lesung nochmals an die Budgetkommission zurückverwiesen war, beantragt die Kommission:
Der Reichstag wolle beschließen:

1. Kapitel 3 Titel 53 der fortdauernden Ausgaben unter Streichung der Worte: „Miethe für Geschäftsräume sowie“, und unter Absetzung der Summe von 2,650,000 Mark die Titelsumme nur im Betrage von 9,330,000 Mark zu bewilligen;

2. einen neuen Titel 53 a „Miethe für Geschäftsräume“ mit 2,650,000 Mark in den Etat einzuführen;

3. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Etat für das Jahr 1884/85 den Titel 53 a in zwei Titel zu zerlegen und zwar (vorbehaltenlich der Summe):

a) Miethe für Postgebäude, welche auf Grund von Verträgen für die Postverwaltung neu errichtet werden,

b) anderweitige Miethe für Geschäftsräume.

Der Referent Abg. v. Bodmann führt aus, daß die Kommission sich in drei Sitzungen mit dieser Frage beschäftigt, und daß nach den Mittheilungen des Regierungskommissars 64 Mietheverträge, die zum Anlauf führen sollen, bestehen. Die Postverwaltung habe versichert, daß sie mit Abschluß dieser Verträge eine Umgehung des Budgetrechts des Reichstages keineswegs beabsichtigt. Von allen Seiten sei ferner anerkannt worden, daß die Postverwaltung in gutem Glauben gehandelt habe, da die Praxis schon sehr lange unbeanstandet gehandhabt worden sei, ebenso wie bei anderen Verwaltungen. Vorschläge seien nur gewährt worden, wo die Fortsetzung des Baues in Frage gestellt war; Verluste hätten sich noch nicht ergeben. Die Kommission sei nun der Ansicht, daß die Abschließung der Mietheverträge an sich nicht erschwert werden dürfe, daß der Reichstag jedoch verlangen müsse, den Stand dieser Verträge zu kennen. Vorschläge dürften dagegen nur mit Genehmigung des Reichstages gewährt werden.

Zu dem Kommissionsantrag hat Abg. Richter folgenden Unterantrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen: in Nr. 3 des Antrages der Budgetkommission hinter den Worten:

a) Miethe für Postgebäude, welche auf Grund von Verträgen für die Postverwaltung neu errichtet werden,

zu setzen die Worte:

„und zwar in den Orten . . .“

Derselbe führt aus, der Antrag der Kommission ohne diesen Zusatz sei wirkungslos. In der Kommission hat man drei Punkte besprochen, einmal hat man geleistete Vorschüsse in keiner Weise gebilligt, dieselben auch nicht als Vorschüsse auf die Miethe anerkannt, sondern die Genehmigung des Reichstages verlangt. Daß das Verfahren der Postverwaltung gegen das Staatsrecht des Reichstages verstoßt wird allgemein anerkannt. Auffallend ist es, daß die Oberrechnungskammer diese Sache nicht zur Kenntnis des Reichstages gebracht hat, da ja die Nachweisung für diese Ausgaben fehlt. Dieser Fall zeigt auf das Deutlichste, daß wir der gesetzmäßigen Unterlage für die Ausführung des Staatsrechts des Reichstages entbehren. In diesem Augenblick werden wir nur das Verfahren für unzulässig erklären. Wie sich der Herr Staatssekretär in Zukunft verhalten wird, ist seine Sache. Die zweite Frage ist wie der Reichstag bei derartigen Bauten mitwirken habe. Einerseits ist das Verfahren von Preußen an das Reich überkommen und bona fide beibehalten worden, zumal kein Monopol der Oberrechnungskammer gezogen wurde, andererseits steht fest, daß es Bestimmungen unseres Staatsrechts verletzt. Nun soll im nächsten Etat der Miethe in zwei Theile zerlegt werden. Wenn man aber ohne Nennung der einzelnen Orte dem Staatssekretär nur ein Pauschquantum in die Hand giebt, so hat man keine Kontrolle darüber, ob nicht wieder ohne Genehmigung des Reichstages vorgegangen wird. Die Postverwaltung muß die Verpflichtung übernehmen, die Verträge vorzulegen. Auch Dienstwohnungen ohne Genehmigung des Reichstages zu mieten, ist unzulässig, wenn auch die Postverwaltung dies als ihr Recht in Anspruch nimmt.

Direktor des Reichspostamts Dr. Fischer bittet um Ablehnung der Anträge. Die Postverwaltung habe ihr Verfahren als feste Praxis übernommen und von demselben den allerhöchsten Gebrauch gemacht. Die vorgeschlagenen Aenderungen würden nur dazu dienen, den Abschluß vorteilhafter Verträge zu verhindern. Der Reichstag wolle wohl sein formelles Recht, nehme der Verwaltung aber eine wichtige materielle Befugnis. Vorschläge würden nicht nur zum Schaden, sondern auch in Fällen der Noth zur Unterstützung der Posthalter aus dem Betriebsfonds gegeben, damit der Betrieb keine Störung erleide. Die Ausgaben für Miethe hätten sich seit 1876 nur um 320,000 Mark gesteigert, während die Zahl der Post- und Telegraphenämter von 6900 auf 9200 gestiegen sei. Daß finanzielle Interesse sei also vollständig gewahrt worden. Ebenso sei die Postverwaltung in den vom Abg. Richter berührten einzelnen Fällen ganz korrekt und vorsichtig verfahren. Er bitte also, die Resolution als zu weitgehend, abzulehnen.

Abg. v. Bennigsen: Wir müssen hier drei verschiedene Fragen unterscheiden: Hat die Postverwaltung mala oder bona fide gehandelt, dürfen Darlehen ohne Zustimmung des Reichstages an gegeben werden, und endlich, ist es zweckmäßig, solche Verträge zu schließen? Der erste Punkt ist unzweifelhaft, da das Verfahren aus früherer Zeit übernommen und in Uebereinstimmung mit der Oberrechnungskammer ausgeübt ist. Andererseits können wir von unserem Standpunkte aus diesen Zustand nicht als zulässig anerkennen. Was die Vorschüsse betrifft, so haben wir hier eine besondere Form derselben gleichsam aufgefunden. In der Kommission haben wir, ohne Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit übereinstimmend erklärt, dieselben dürften nur nach eingeholter Zustimmung des Reichstages gewährt werden. Man will es ferner der Postverwaltung gar nicht verbieten, solche Verträge zu schließen, denn die Möglichkeit eines solchen Verfahrens schon aus finanziellen Gründen liegt auf der Hand. Deshalb hält die Kommission das Geben von Vorschüssen auch für die Zukunft für unvermeidlich. — Was nun die Anträge betrifft, so handelt es sich zunächst um eine Zerlegung des Titels, der die heterogenen Dinge zusammenfaßt. Die Aussonderung der Miethebeträge ist von der Postverwaltung für unbedenklich erklärt worden. Was wir weiter vorschlagen, ist nicht von augenblicklichem politischem Interesse, es soll nur eine Anregung für den Reichskanzler sein. Im nächsten Jahre wollen wir die Angelegenheit dann weiter regeln. Da der Vertreter der Postverwaltung nicht nur den Rechtsstandpunkt, sondern auch den Nützlichkeitstandpunkt vertheidigt, scheint es mir notwendig, daß der Reichstag den Beschluß der Kommission zu seinem eigenen macht. (Beifall links.)

Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen, der Unterantrag Richter, nachdem dieser ihn zurückgezogen und Abg. Richter ihn wieder auf genommen, abgelehnt.

Ein weiterer Antrag des Abg. Richter: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Gewährung von Darlehen an Bauunternehmer zum Zwecke der Erbauung von Dienstgebäuden ist ohne vorherige Genehmigung des Reichstages unzulässig.“ wird mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf wird noch der Etat der Reichsdruckerei und der Eisenbahnverwaltung genehmigt, worauf sich das Haus bis 8 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

(Abend Sitzung.)

Die Sitzung wird um 8 1/2 Uhr durch den Präsidenten v. Levetzow wieder eröffnet und die dritte Sitzung des Etats ohne jede Debatte zu Ende geführt; ebenso wird das Gesetz betr. die Aufnahme einer Anlage für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen (24,387,079 M.) und das Staatsgesetz (in Ein- nahme und Ausgabe 590,556,634 M., davon 53,259,39 M. im Extra-Ordinarium) angenommen. Von den in zweiter Beratung gestellten Resolutionen wird die vom Abg. Richter (Hagen) eingebrachte (betr.

die Kaserne in Fagan) abgelehnt, die von Buhl, die Export-Donation für Tatal in vollem Umfange zu gewähren, nacheinander, ebenso die von der Budgetkommission gestellte, über spezialisierten Nachweis der in den einzelnen Kategorien angestellten Post- mten. Die von Lingen beantragte Resolution betr. Einschränkung des Postverkehrs an Sonn- und Festtagen wird mit 103 gegen 103 Stimmen abgelehnt.

Es folgen Wahlprüfungen: Die Wahl des Abg. Niethammer (XXII. Königlich-sächsischen) wird ohne Debatte beanstandet.

In Bezug auf die Wahl des Abg. Dohrn (II. Stettin) hat der Reichstag am 17. Januar 1882 beschlossen, über statthabende Unregelmäßigkeiten Untersuchung und Bericht vom Herrn Reichskanzler zu fordern. Der dem H. H. zugegangene Bericht wird von der dritten Abtheilung nicht für genügend erachtet, und sie beantragt, den Herrn Reichskanzler um Mittheilung der Akten zu ersuchen. Der Antrag wird abgelehnt.

Es steht sodann der Antrag des Reichskanzlers wegen Vertagung des Reichstages vom 17. Februar bis 3. April auf der Tagesordnung. Das Haus beschließt in Uebereinstimmung mit dem Bundesrathe eine einmalige Vertagung.

Finanzminister Scholz erklärt, daß die verbündeten Regierungen aus den Verhandlungen des Reichstages den Wunsch entnehmen zu können glauben haben, daß die Mehrheit derselben nach Schluß der Etatsberatung eine mehrwöchentliche Unterbrechung der Arbeiten eintreten lassen wolle. So lange die gegenwärtige Lage der Gesetzbildung unverändert bleibe, sei auch die Regierung der Ansicht, daß ein Nebeneinandertagen des Reichstages mit den Partikularien tagen manche Uebelstände mit sich bringe, auf deren Abhilfe die feste Sorge der Regierung gerichtet ist. Die Regierung glaubt daher, Ansehts des vom Reichstage dringend empfundenen Bedürfnisses auf Grund des Art. 12 der Reichsverfassung, welcher das Recht der Vertagung oder Schließung des Reichstages dem Kaiser überträgt, den Wünschen des Reichstages entgegenkommen zu sollen. Sie schlägt Ihnen deshalb eine Vertagung der Verhandlungen bis zum 3. April vor.

Abg. Dr. Hänel: Er wolle die Ansicht nicht unwidersprochen lassen, daß ein Nebeneinandertagen von Reichstag und Landtag nicht zu vermeiden sei. Nach seiner Ansicht liege die Schuld daran an der Regierung.

Abg. von Kardorff erklärt demgegenüber, daß allerdings es niemals zu vermeiden sein werde, daß Reichstag und Landtag nebeneinander tagen, so lange die gegenwärtige Gesetzgebung besteht.

Der Antrag wird bierauf einstimmig genehmigt.

Finanzminister Scholz verliest die Allerhöchste Verordnung, durch welche der Reichstag auf Grund der Artikel 12 und 36 vom 17. Februar bis 3. April d. J. vertagt wird.

Der Präsident setzt die Sitzung auf Dienstag, 3. April, 1 Uhr, an Tagesordnung: Gesetzentwurf betr. die Schutzvorrichtungen für Arbeiter; Holzpolvorlage.

Schluß 9 1/2 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 16. Februar. [Vertagung des Reichstages. Der Militäretat.] Die heute an den Reichstag gelangte Aufforderung des Reichskanzlers, einer Vertagung durch kaiserliche Verordnung bis zum 3. April zuzustimmen, war für alle Welt eine Ueberraschung, da bis gestern Abend nur von der einfachen Unterbrechung der Sitzungen bis zu diesem Tage die Rede gewesen war. Das Schreiben des Kaisers rief zunächst die verschiedensten Kommentare hervor; man war vielfach geneigt, darin die indirekte Bekräftigung des Rechtes des Reichstages zu erblicken, aus eigener Mächtigkeit seine Session auf so lange Zeit zu unterbrechen. Die officiellen Angriffe auf die beiden parlamentarischen Versammlungen wegen der Berechtigungen, wodurch sie wiederholt das Zusammenkommen verhindert hatten, welches behufs Einräumung der angelegten Nothwendigkeit zweijähriger Budgetperioden von anderer Seite gewünscht wurde, scheinen dieser Ansicht auch zur Unterstützung zu gereichen. Indes erfuhr man bald, daß die Maßregel nicht aus der Initiative der Regierung, sondern des Reichstagspräsidenten von Levetzow hervorgegangen war, der dadurch über den befürchteten Widerspruch vieler nichtpreussischen, namentlich süddeutschen Mitglieder gegen die Absicht, nunmehr dem Abgeordnetenhaus den Platz zu räumen, leichter hinwegkommen wollte. Der Rathgeber des Fürsten Bismarck würde es auch wenig entsprechen, einem Vorhaben, das er an sich mißbilligte, die kaiserliche Sanction zu verschaffen, nur um auf diese Weise formell eine Maßregel des Parlaments in eine solche der Regierung zu verwandeln, während das erstere doch der Sache nach seinen Zweck erreichen würde. Man sah darum bald auch auf der Linken in dem Antrage des Kanzlers einen entgegenkommenden, zur leichteren Überwindung der entfallenden parlamentarischen Schwierigkeiten bestimmten Schritt.

Die geistige Betätigung der bei der zweiten Vertagung des Militäretats erfolgten Absicht hat da, wo man schon aus den schlechten Aussichten des Militärpensionsgesetzes dem Kriegsminister einen persönlichen Vorwurf gemacht hatte, neuerdings die Anklage laut werden lassen, daß General v. Rameke dem Reichstag gegenüber nicht so „energisch“ aufgetrete, wie es im Interesse der Armee notwendig sei; in diesen hohen militärischen Kreisen finden auch die Dementis der Erschlitterung der Rameke'schen Stellung wenig Glauben. Es wird nicht bezweifelt, daß der Kaiser in der Unterredung vom Sonnabend den Minister in der Art, wie officiös berichtet wird, zum Verbleiben auf seinem Posten aufgefordert hat; aber es wird hinzugefügt, daß dieser Aufforderung Aueinandersetzen vorhergegangen seien, deren Konsequenz doch der Rücktritt des Ministers nach kurzer Frist sein werde. Wenn jetzt gemeldet wird, daß man im Kriegeministerium einen Ausgleich betreffs des Pensionsgesetzes auf der Grundlage der Kommunalbesteuerung des Privateinkommens der Offiziere gegenwärtig geneigt sei, so ist diese Geneigtheit von uns schon anlässlich der ersten Nachricht vom Demissionsgesuch des Ministers erwähnt worden: Sie bestand schon vor einiger Zeit und sogar die Ansicht, daß dafür auch an der entscheidenden Stelle Zustimmung zu finden sein würde; diese Aussicht war dann durch andere Einflüsse, welche dem Kriegsminister entgegenstehen, zeitweilig geschwunden; es frägt sich, ob sie jetzt wieder vorhanden ist. Man ist zu der Annahme geneigt, daß der Reichskanzler, wie wenig sympathisch ihm auch Vieles sein mag, was in den Debatten über das Pensionsgesetz und über den Militäretat gesagt worden, doch keineswegs die Ansicht gewisser Generalskreise theile, welche Alles von einem „energischeren“ Kriegsminister erwarten,

daß Fürst Bismarck vielmehr in der Opposition süddeutscher Nationalliberalen gegen die Pensionserhöhung, und in dem Scheitern der Bemühungen des Herrn von Schorlemer-Mast, das Zentrum zum Eintreten für die gefährdeten Positionen des Militäretats zu bewegen, eine Aufforderung erblicke, vermittelnd zu wirken.

S. Der Kaiser empfing heute Nachmittag in seinem Palast den General-Superintendenten vom Posen D. G. G. in Audienz.

— Auf der Tagesordnung der Sonnabend stattfindenden Sitzung des Abgeordnetenhauses stehen:

Verlesung der Interpretation des Abg. v. Kessler, betreffend die Vorlegung einer neuen Hypothekenordnung für den Geltungsbereich des rheinischen Zivilrechts. — Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs des Staatshaushaltsetats für 1883/84, und zwar: Eisenbahnverwaltung. Ministerium für Handel und Gewerbe.

— Die sozialpolitische Kommission des Reichstags wird trotz der Vertagung gegen den 12. März zusammenzutreten, um den Bericht über den Gesetzentwurf betr. die Krankenversicherung der Arbeiter festzustellen. Damit ist die Frage, ob während einer officiellen Vertagung des Reichstags die Kommissionsarbeiten fortgesetzt werden können, in bejahendem Sinne entschieden.

Zum Tode Richard Wagner's.

Die italienische Regierung hatte der Wittwe des Verstorbenen ein pomphaftes Todtenbegängniß angeboten; trotz aller Bitten und Vorstellungen gelang es dem Präfecten und dem königlichen Kommissar in Venedig nicht, die Einwilligung zu erlangen. Im Namen der Venetianer richtete der königliche Kommissar nach einer Depesche der „A. L.“ folgendes Schreiben an die Wittwe:

„Das unermeßliche Unglück, von dem Sie betroffen wurden, ist ein großer Schlag für Deutschland und vor Allem für die Kunst, welche einen Genius verlor, der über die ganze Welt strahlte. Venedig fühlt ganz besonders lebhaft den bitteren Verlust des großen Meisters, welcher sich bei uns zu der Bewunderung des habenden Stiles die wehrungslos und herzliche Zuneigung zu einem Gaste stellte, welcher hier Ruhe, Gesundheit und neue Inspiration suchte.“

Frau Cosima Wagner mußte fast gewaltsam vom Sarge entfernt werden. Man begt Besorgnisse für ihren Gesundheitszustand, ihr Schmerz ist namenlos, sie ist nicht zu beruhigen. Ueber hundert Kränze waren eingetroffen, darunter der prächtige vom König Ludwig von Bayern mit der Inschrift: „Dem Meister Richard Wagner von seinem Sohn verehrenden Könige Ludwig.“ Die Ueberführung der Leiche vom Bahnhof Venedig nach der Villa „Babnried“ soll in solenner Weise stattfinden, jedoch sind über die weiteren Bestattungsfeierlichkeiten noch keine Bestimmungen getroffen.

Uebrigens liegen heute noch folgende Depeschen vor:

Venedig, 16. Februar. Der Abgang der Leiche Wagner's ist heute Nachmittag 2 Uhr erfolgt. Der bronzene Sarg im Stile der Renaissance gehalten, der Eisenbahnwagen mit Sammet und Silber ausgeschlagen. Die Familie Wagner's begleitet die Leiche zum Bahnhofe waren dem Trauerkordbusse gefolgt der Chef der Municipalität, der Präfect, die Mitglieder des Lyceos Marcello und die Freunde der Familie, darunter die Maler Bassini und Fontana sowie Bankier Groß. Weiter wurde am Bahnhofe von dem Präsidenten des Lyceos Marcello, Grafen Contin, in deutscher Sprache ersucht, bei der Familie Wagner's der Dolmetscher des Schmerzes zu sein, welches das ganz künstlerische Venedig empfindet. Die folgende veröffentlichten ein Schreiben des Grafen Contin, worin derselbe im Auftrage der Familie Wagner's Venedig und Italien den Dank der Venedigler für die Theilnahme ausdrückt, welche ihr von der Behörde der Presse, den Vereinen und der Bevölkerung zu Theil geworden ist.

Bayreuth, 16. Februar. Die Leiche Richard Wagner's wird Sonntag Abend hier erwartet. Am Montag soll, soweit bis jetzt bekannt, die Leiche vom Bahnhofe nach der Villa Babnried in solenner Weise überführt werden. Ueber die weiteren Bestattungsfeierlichkeiten sind noch keine Bestimmungen getroffen.

München, 16. Februar. Das Plenum des hiesigen Magistrats beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Wittve Richard Wagner's sein Beileid auszusprechen. Die hiesige Hoftheater-Intendantz beschloß ferner eine Gedächtnisfeier für den Verstorbenen zu veranstalten und beauftragt die hiesigen Künstler haben sich über eine besondere Feier zu vereinigen, welche, wenn die Leiche auf der Durchfahrt hier eintrifft, stattfinden soll.

Wien, 16. Februar. Der Kaiser und die Erzherzogin Balbina wohnten gestern der Lobengrin-Vorstellung im Opernhause bei. Richter wurde beauftragt, im Namen der Generalintendantz und Hofoper Kränze auf den Sarg Richard Wagner's zu legen.

Bayreuth, 17. Februar. Am Sonntag Nachmittag um 4 Uhr findet, soweit bis jetzt bestimmt ist, die Beerdigung Wagner's für die Ueberführung der Leiche vom Bahnhofe nach Babnried eine öffentliche Beerdigung in Aussicht genommen. Dr. Trauerwein in Babnried soll nach dem Wunsche der Wittve eine stille Beerdigung des Königs sind noch unbekannt und können eine Aenderung herbeiführen.

Auch die Generalintendantz der königlichen Schauspiele in Berlin wird, wie die „Nat.-Ztg.“ erfährt, der Beerdigung durch den Direktor v. Strauß vertreten, welcher Namens der königlichen Oper einen Kranz auf das Grab niederlegen wird. Eine officiële Feierlichkeit aus Anlaß des Lebens des Komponisten ist für die Hofbühne nicht beabsichtigt, man wird sich darauf beschränken, das Andenken des Verstorbenen dadurch zu ehren, daß an die Spitze des Programmes der nächsten Symphonie-Soirée ein Trauermarsch gesetzt wird. — Kannlich in durch den Direktor des Richard Wagner-Theaters Angelo Neumann, zu Gunsten der Hinterbliebenen Wagner's eine Subskription angeregt worden, an welcher sich sämtliche deutsche Bühnen betheiligen sollen. Dieser Appell an die Deutschen kam um so überraschender, als die Vermögensverhältnisse des Erben durchaus nicht so ungünstig sein können, um diese Regelung, die dem Verstorbenen sicher widerstrebt hätte, als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Richard Wagner bezog, abgesehen von der ihm durch den König Ludwig ausgesetzten Pension, erhebliche Tantiemen von seinen Werken, zuletzt nahe 100,000 Mark, die seinen Erben gesetzmäßig noch dreißig Jahre also bis 1913 zustehen. Von der Berliner königlichen Oper hat Richard Wagner im Laufe der Zeit nicht weniger als 1 Million Mark ausgezahlt erhalten. Seinen Hinterbliebenen wird es darum ein Leichtes sein, aus den reichlich fließenden Einnahmequellen ein Kapital zu sammeln.

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Februar. Wind: Ost. Wetter: Sehr schön.
Von Neuem lagen heute recht trübe Ueberschwemmungs-Nachrichten aus Amerika vor, aber die etwas spät eingetroffenen New-Yorker Notierungen fanden so wenig im Einklang mit den an jene gefassten Erwartungen, daß unser Markt durchgängig flauer Tendenz anheimfiel.
Loco-Weizen matt. Für Termine bestand ein umfangreiches Realisationsangebot, welches am meisten den Cours der nächsten Sichten beeinträchtigte. Dieser schloß etwa 2½ M. niedriger als gestern, während die Reports anschwellen, da für die späteren Fristen weniger flottes Angebot sich zeigte.
Loco-Roggen ging zu schwach behaupteten Preisen mäßig um. Der Terminhandel verlief in nachgebender Tendenz und ziemlich lebhaft. Angesichts der Weizen-Baisse hatte es heute die Spekulation mit Deckungen weniger eilig, so daß die Offerten im Uebergewicht waren und Course etwa 1 Mark niedriger als gestern schlossen.
Loco-Hafer schwach preisbalend. Termine matter. Roggenmehl billiger. Mais matt. Termine merklich schlechter. Rübsöl hatte sehr beschränkten Verkehr. Die Haltung war matt und die Course ausnahmslos etwas niedriger.
Petroleum matt. Spiritus in effektiver Waare reichlich zugeführt, mußte billiger verkauft werden. Für Termine bestand ein ziemlich ausgiebiges Angebot, dessen Platzierung nur unter nachgebenden Preisen möglich war. Der Schluß blieb matt.
(Antich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 120-122 Mark nach Qualität, per diesen Monat - bez., per April-Mai 190,25-188,5 bis 189 bezahlt, per Mai-Juni 192,5-191,5 bezahlt, per Juni-Juli 195-193,5-194 bez., Juli-August 196 bez., August-Sept. - bezahlt, Sept.-Oktob. 198 bez. - Gefündigt - R. Ründigungspreis - M. per 1000 Kilogr.
Roggen per 1000 Kilogramm loco 115-138 nach Qualität, inländischer Hammer 116-123, guter 129-132, feiner 135-137, defekter - ab Bahn bez., per diesen Monat und per Februar-März 137,75 bis 137,5 bez., per April-Mai 140,5-139,75 bez., per Mai-Juni 141,5 bis 140,75 bezahlt, per Juni-Juli 143-142,25 bezahlt, per Juli-August - bezahlt. Gefündigt 20,0 Str. Ründigungspreis - Mark per 1000 Kilogr.
Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 100-200 nach Qualität.
Hafer per 1000 Kilogramm loco 115-150 nach Qualität, per diesen Monat - bez., per April-Mai 123,5 nom., per Mai-Juni 124,5 bis 124,25 bez., per Juni-Juli 126,5-126,25 bezahlt. Gefündigt - Centner - M. per 1000 Kilogr.
Mais loco 140-146 nach Qualität, per diesen Monat - M. Donaumais - M., per April-Mai 141 Rr., 140 Gd. - Gefündigt - Str. Ründigungspreis - M. per 1000 Kilogr.
Erbisen Rohwaare 150-220, Futterwaare 135-145 per 1000 Kilogramm nach Qualität.
Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversehrt inkl. Sad. per diesen Monat und per Februar-März 19,95 bezahlt, per April-Mai und Mai-Juni 20,10 bez., per Juni-Juli 20,20-20,25 bez. Gefündigt 500 Centner.
Weizenmehl Nr. 00 26,50-24,75, Nr. 0 24,50-22,75, Nr. 0 u. 1 22,00-21,00. - Roggenmehl Nr. 0 21,50-20,50, Nr. 0 u. 1 20-18,50. Feine Marken über Notiz bezahlte.
Rübsöl per 100 Kilogramm loco mit Raff. - ohne Raff 79,8 bez.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 16. Februar. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit theilweise etwas abgeschwächten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Notierungen und anderweitigen Meldungen lauteten nicht ungünstig, gewannen aber auf die Stimmung am hiesigen Plage keinen wesentlichen Einfluß. Das Geschäft entwickelte sich Anfangs ruhig, gestaltete sich aber weiterhin regloser und zugleich trat ziemlich allgemein eine Befestigung der Tendenz ein.
Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide

Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand zumeist behaupten.
Die Kassawerthe der übrigen Geschäftsweige blieben ruhig bei im Allgemeinen fester Haltung.
Der Privatdiskont wurde mit 2½ pSt. für feinste Briefe notirt.
Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien nach schwacher Eröffnung in steigender Tendenz ziemlich lebhaft um; Franzosen waren matter und ruhig; Lombarden schwach, andere österreichische Bahnen ziemlich behauptet.
Von den fremden Fonds sind Russische Anleihen und Ungarische Goldrente als fest und ruhig zu nennen, Italiener steigend und belebt.

per diesen Monat und per Februar-März - bezahlt, per April-Mai 80 bezahlt, per Mai-Juni 78 Mark, per Juni-Juli - bez., per Juli-August - bezahlt, per September-Oktober 62,4-62,3 bezahlt. Gef. - Str.
Petroleum, raffiniertes (Standard white) per Str. mit Fass in Posten von 100 Centner, loco - bez., per diesen Monat 23,8 M. per Februar-März 23,8 M., per März-April 23,7 M., per April-Mai 23,7 M. - Gefündigt - Centner.
Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter loco ohne Fass 52,3-52 bez., loco mit Fass - bezahlt, per diesen Monat und per Februar-März 52,5-52,4 bezahlt, per April-Mai 53,7-53,9-53,5 bez., per Mai-Juni 54-53,8 bez., per Juni-Juli 54,9-54,6 bezahlt, per Juli allein 56,1-55,9 bezahlt, per Juli-August 55,8-55,6 bez., per August-September 56-55,8 bezahlt, per September-Oktober - bez. Gefündigt - Liter.
Bromberg, 16. Februar. (Bericht der Handelskammer.)
Weizen behauptet, hochbunt und alafg feiner 175-182, hellbunt gute mittlere Qualität 150-170 Mark, abfallende Qualität 120-140 Mark. - Roggen fester, loco inländischer feiner 123-124 Mark, mittlere Qualität 118-122 Mark, abfallende Qualität 112-116 Mark. - Gerste nominell, feine Braumais 120-130 M., große und kleine Mäulgerste 105-115 M., Futtergerste 90-100 Mark. - Hafer loco 105-125 M. - Erbsen, Rohwaare 140-160 M., Futterwaare 115-125 M. - Mais, Rübsen und Raps ohne Handel - Spiritus steigend, pro 100 Liter a 100 Prozent 49,00 - 49,50-50 Mark. - Rübsölurs 201,25 Mark.

Deutsche und preussische Staatsfonds verkehrten in recht ruhiger Haltung ziemlich lebhaft; inländische Eisenbahnprioritäten fest und ruhig.
Bankaktien waren fest; Diskonto-Kommandit-Antheile Ansehen schwach, später steigend und belebt; Deutsche Bank fest.
Industriepapiere recht fest und ziemlich belebt; Montanwerthe anziehend, Laurabütte und Dortmunder Union höher und lebhaft.
Inländische Eisenbahnaktien waren schwach; Oesterreichische Eisenbahn etwas besser, Marienburg-Mlawka und Oberschlesische ziemlich behauptet, Altona-Kiel und Berlin-Hamburg erheblich niedriger.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.		Anländische Fonds.		Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.		Börsen- und Bankaktien.		Industrie-Aktien.	
Amsterd. 100 fl. 8 L. 5½		Newyork. St.-Anl. 6		Aachen-Mastricht 1		Berl.-Dresd. St.-G. 4		Bochum-Bromb. A. 0	
Berl. 100 M. 8 L. 4		do. do. 7		Altona-Kiel 10		Berl.-Görlitzer kon. 4		Donnersm.-G. 2	
London 100 £ 8 L. 4		Holländ. Loose 5		Berlin-Dresden 0		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Dortm. Union 0	
Paris 100 fr. 8 L. 4		Italienische Rente 5		Berlin-Görlitzer 17½		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		do. St. Pr. A. L. A. 4	
Wien, öst. Währ. 8 L. 4		do. Tabak-Obl. 6		Bresl.-S.-Frhg. 4½		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		do. Part.-D. r. 110	
Petersb. 100 R. 3 L. 6		do. Gold-Rente 4		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Gelsenk. Bergw. 7½	
Baris. 100 R. 8 L. 6		do. Papier-Rente 4½		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Georg. Marienb. 5	
		do. Silber-Rente 4½		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		do. Stamm-Pr. 5	
		do. 250 fl. 1854 4		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Görl. Eisenbahn 8	
		do. Kredit. 1858 -		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Gr. Berl. Pferdeh. 9½	
		do. Lott.-A. 1860 -		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Hartm. Maschin. 9	
		do. do. 1864 -		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Hörs. u. Scham. 4	
		Besser Stadt-Anl. 6		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Königin Marienb. 4	
		do. do. kleine 6		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Laurahütte 6	
		Böln. Pfandbriefe 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Leif. Tiefbau 1	
		do. Liquidat. 4		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Oberschl. E.-Beb. 0	
		do. Staats-Obl. 6		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Pöding. Bergw. 6	
		Ruff. Engl. Anl. 1822 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Stolberger Zink 0	
		do. do. 1862 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4		Westf. Drht.-Ind. 10	
		do. do. kleine 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. konf. Anl. 1871 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. do. kleine 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. do. 1872 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. do. 1873 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Anleihe 1877 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. do. 1880 4		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Orient-Anl. 1,5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. do. II 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. do. III 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Poln.-Schatzobl. 4		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Pr.-Anl. 1864 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. do. 1866 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Bod.-Kredit 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Str.-B.-Kr.-Pf. 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. do. 1865 4		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Looie vollg. 4		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		Ang. Goldrente 6		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. do. 4		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Gold-Inv.-Anl. 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Looie 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Staats-Obl. 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			
		do. Gold-Pfdr. 5		Dortm.-Gron. 2		Berl.-Hamb. L. L. G. 4			